

SPD



Frankfurt am Main

Die Linke
Mitte

Kreis
Freundes

Ausgabe 18

Januar 2013



CDU/FDP weiterhin auf dem Windradauge blind

Abstandsempfehlung in Bayern bei 500 und 800 Meter

von Roger Podstatny



„Weiterhin auf dem Windradauge blind“, so kommentiert der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Römer und Mitglied der Regionalversammlung Südhessen, Roger Podstatny, die Äußerungen des CDU-Landtagsabgeordneten Peter Seyffardt zur

Entscheidung der Regionalversammlung Südhessen, im Vorverfahren zur Aufstellung der Vorrangflächen für Windkraftanlagen den Abstand zu Siedlungsflächen auf 750 m zu reduzieren.

Ziel der Reduzierung sei es, die Einschränkung zu Beginn der Untersuchungen möglichst gering zu halten, um am Ende des Planungsprozesses eine Ausweisung von Windvorrangflächen mit Ausschlusswirkung in einer Größenordnung von zwei Prozent zu erreichen. Gleichzeitig sollten Städte und Gemeinden unter Beteiligung der Bürger in die Lage versetzt werden, auf eigenen Wunsch auch Windkraftanlagen in weniger als 1000

Meter Abstand zur Siedlungsfläche auszuweisen.

„Wir wollten zu Verfahrensbeginn den Trichter für die Suche nach geeigneten Flächen offen halten. Im Zuge der Detailprüfung und der sich daraus ergebenden Flächen, wird abzuwägen sein, wie das Ziel des Hessischen Energiegipfels im Hinblick auf Siedlungsabstand und Windhöflichkeit sichergestellt werden kann“, so Roger Podstatny.

Inhalt

CDU/FDP weiterhin auf dem Windradauge blind	Seite 1
Immer mehr Asylsuchende in Deutschland – was ist die sozialdemokratische Antwort?	Seite 2
Wohnungen bauen, Mieterhöhungen begrenzen, Mieter schützen	Seite 4
IGS-West: Jetzt aber dalli!	Seite 5
Terminhinweis	Seite 6



Windkraftanlagen unterliegen einem immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz und dürfen nur dann errichtet und betrieben werden, wenn von ihnen keine schädlichen Umwelteinwirkungen ausgehen.

Auch die Behauptung seitens der CDU, dass 1000 m Abstand ein anerkannter Standard sei, ist laut Podstatny nicht richtig. So betrage die Abstandsempfehlung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie für Misch- bzw. Dorfgebiete 500m, für allgemeines Wohngebiet 800 m.

Der SPD-Umweltpolitiker meint abschließend: „Gerne treten wir in einen konstruktiven Dialog ein, dies ist aber nur möglich, wenn keine unbegründeten Ängste bei den Bürgern geschürt werden. Die Zeiten der Angst vor Windkraftmonstern sollten vorbei sein!“

Immer mehr Asylsuchende in Deutschland – was ist die sozialdemokratische Antwort?

von Ursula Busch



Es ist eine Nachricht, die uns alle interessieren sollte: Die Anzahl der Asylbewerber in der Bundesrepublik ist seit diesem Herbst erheblich angestiegen. Für die kommenden Monate rechnet man mindestens mit einer Stabilisierung auf dem aktuell hohen Niveau. Laut Bundesamt für Migration

und Flüchtlinge (BAMF) ist allein im September 2012 die Zahl der Asylsuchenden um 28 Prozent auf etwa 7.000 im Monat geklettert, in diesem und dem nächsten Quartal ist demnach monatlich mit etwa 9.000 Asylbewerbern zu rechnen. Ein Rückgang sei „in absehbarer Zeit nicht zu erwarten“, man könne sogar „ein weiteres Wachstum der Zahlen nicht ausschließen“. Die Erhöhung der Zahl von Asylsuchenden geht nicht – wie man vielleicht vermuten könnte – primär auf die Nachfrage aus Syrien oder anderen Bürgerkriegs-Staaten zurück, sondern es sind auffällig viele Menschen aus den Balkanstaaten, die derzeit nach Deutschland kommen. Laut BAMF hat sich ihr Anteil im September innerhalb eines Monats

um etwa 42 Prozent erhöht. Dabei gelten sowohl Serbien als auch Mazedonien als „sichere Staaten“, die Anzahl der bewilligten Asylanträge für Menschen aus diesen Gebieten ist äußerst gering. Und trotzdem kommen immer mehr von ihnen nach Deutschland.

Im November entzündete sich die politische Debatte daran, ob die seit drei Jahren vereinfachten Einreisemodalitäten (Wegfall der Visumpflicht) angesichts der steigenden Zahl von Asylsuchenden aus dem Balkan weiterhin Bestand haben dürfen. Gerade weil die Balkanländer als „sicher“ gelten, wird das Gros der von dort kommenden Asylsuchenden, unter denen sehr viele Roma sind, als „Wirtschaftsflüchtlinge“ angesehen. Ihnen gehe es nicht um ein Asylsuchen, sondern um einen Zugang zu Leistungen aus dem deutschen Sozialsystem, so die Argumentation. Innenminister Hans-Peter Friedrich von der CSU forderte denn auch prompt, den Asylsuchenden aus den Balkanländern pauschal die Zahlungen zu kürzen, ihre Anträge in beschleunigten Verfahren zu behandeln und die Visumfreiheit für diese Länder wieder aufzuheben. Das löste kontroverse Reaktionen aus.

Es ist eine zuweilen erbittert geführte grundsätzliche Diskussion, wer von den Menschen, die in der Hoffnung auf eine Bleibemöglichkeit nach Deutschland kommen und Asylanträge stellen, tatsächlich dauerhaft hier bleiben darf. Viele sind der Überzeugung, dass man Menschen, die aus Not und wegen Armut ihr Land verlassen, nicht einfach wieder zurückschicken kann, sondern sie komplett ins deutsche Solidarsystem integrieren sollte. Andere argumentieren, wenn das deutsche Sozialsystem auf seinem hohen Niveau funktionsfähig bleiben soll, könne es seine Leistungen nicht auf beliebig viele Menschen ausdehnen. Eine zufriedenstellende, tragfähige und gesellschaftlich akzeptierte Einigung, wie mit Asylbewerbern – und zwar auch mit jenen, denen juristisch kein Anspruch auf Asyl zugestanden wird – grundsätzlich umgegangen werden soll, gibt es bisher nicht. Die Fronten sind verhärtet. In Deutschland findet man mannigfaltige Positionen im Spektrum zwischen „alle müssen bleiben und jede soziale Leistung empfangen“

einerseits bis zu „es ist genug, wir müssen die europäischen Grenzen abschotten“ andererseits.

Wie so oft, wenn politische Lösungen nicht in Aussicht stehen, ziehen wir uns auf juristische Positionen zurück. Und klare juristische Vorgaben gibt es in der Tat. Nicht zuletzt unter dem Eindruck der Erfahrungen mit dem Faschismus haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes das Asylrecht dort fest verankert. Was dieses politische Asyl ist und wo es endet, wurde vom Bundesverfassungsgericht in einem Beschluss von 1989 festgestellt: „Politische Verfolgung im Sinne von Artikel 16a Absatz 1 GG liegt hiernach vor, wenn dem Einzelnen durch den Staat oder durch Maßnahmen Dritter, die dem Staat zuzurechnen sind, in Anknüpfung an seine Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe, politische Überzeugung oder vergleichbare persönliche Eigenschaften oder Verhaltensweisen gezielt Rechtsverletzungen zugefügt werden, die nach ihrer Intensität und Schwere die Menschenwürde verletzen, ihn aus der übergreifenden Friedensordnung der staatlichen Einheit ausgrenzen und in eine ausweglose Lage bringen.“ So weit das Grundgesetz. Gültige Rechtslage ist aber auch, dass Menschen, welche über einen Staat der Europäischen Union oder einen sonstigen sicheren Drittstaat einreisen, sich nicht auf das Asylrecht berufen können. Entsprechend gering ist die Anerkennungsquote für Asylersuchen nach Artikel 16a des Grundgesetzes.

Diese geringe Quote trifft besonders bei Asylersuchen aus dem Balkan zu. Nun könnte man sich die Frage stellen, ob nicht zumindest die Roma unter denen, die in den letzten Monaten verstärkt nach Deutschland kommen, den genannten Kriterien des Grundgesetzes für Verfolgung entsprechen. Es ist zwar richtig, viele von ihnen kommen aus Elendsquartieren, sind in einer perspektivlosen Situation gefangen und leben in bitterer materieller Not. Sie erfahren von sozialen, medizinischen und finanziellen Leistungen in Deutschland und von der Möglichkeit, daran im Rahmen von Asyl- und Bleiberechtsanträgen teilzuhaben. Sie

kommen in die Bundesrepublik mit dem Wunsch, auch ein Stück vom Wohlstand zu erhaschen. Glasklar Wirtschaftsflüchtlinge im Sinne der rechtlichen Betrachtung, so die Meinung des Bundesinnenministeriums. Richtig ist aber auch, dass viele Roma in den Ländern, aus denen sie kommen, massiver Diskriminierung ausgesetzt sind, Gewalt sowie die Verweigerung von gesellschaftlicher Teilhabe erfahren und in ihren Rechten willkürlich beschnitten werden. Nach dem Wortlaut unseres Grundgesetzes eigentlich alles Asylgründe.

Da wird es dann vielfach schon schwierig, rechtlich korrekt und menschlich fair zu entscheiden. Umso wichtiger ist es trotz des damit verbundenen Aufwandes und der Kosten, dass in juristisch einwandfreien Verfahren jeder Fall einzeln geprüft und entschieden wird, bei Bedarf auch durch mehrere Instanzen. Also: Keine Schnellverfahren zur besseren Abschottung Deutschlands vor Armutsflucht! Auch die reflexhafte Reaktion des Innenministers, den unliebsamen Asylsuchenden aus den Balkanländern Zahlungen kürzen und die Grenzen wieder dicht machen zu wollen, ist keine nachhaltige Lösung für das tatsächlich entstandene und sich voraussichtlich weiter verschärfende Problem. Neben Verfolgung im Sinne des Grundgesetzes besteht in vielen Herkunftsländern durch unzumutbare Lebensumstände und mangelnde Perspektiven ein solcher Leidensdruck, dass die betroffenen Menschen glauben, alles sei besser, als dort zu vegetieren. Wer das bezweifelt, der möge nur einmal mit offenen Augen durch den Frankfurter Hauptbahnhof gehen oder in den Migrationsberatungsstellen der Großstädte fragen, welche Notfälle sie in letzter Zeit bearbeiten. Es wird auf Dauer nicht gelingen, Europa zur Festung zu machen, gegen deren Wälle die Wellen der Armutsflüchtlinge ergebnislos anbranden. Und es wäre auch nicht im Sinne sozialdemokratischer Werte und Grundsätze, sich so zu verhalten.

Der Wunsch von immer mehr Menschen, in Deutschland dauerhaft zu bleiben und an unserer Gesellschaft zu partizipieren, stellt uns vor massive Herausforderungen. Das ist wohl

unbestritten. Das Problem von „Wirtschaftsmigration“ bzw. „Armutsflucht“ ist nur dann zu lösen, wenn wir uns ihm ehrlich stellen. Weiterhin still und leise regulative Maßnahmen im Bereich der Justiz und Sicherheitsbehörden zu verstärken, während die moralische Frage sorgsam umgangen oder für schöne, aber folgenlose Sonntagsreden aufgespart wird, wird uns nicht weiterbringen. Wir brauchen neben den bestehenden juristischen auch politische Lösungen - eine klassische Aufgabe der SPD, die sich in ihrer stolzen 150jährigen Geschichte stets ebenso für solide Gesellschaften mit guten Sozialsystemen eingesetzt hat wie für internationale Solidarität. Wir müssen uns gemeinsam fragen, wie wir die Lebensbedingungen für Menschen in ihren Herkunftsländern verbessern und ihnen Perspektiven eröffnen können. Wir müssen alle zusammen entwickeln, wie wir Einwanderung in Deutschland so steuern können, dass sie für Einwanderer und Empfangsgesellschaft gleichermaßen zur Erfolgsgeschichte wird. Die Frage von Asyl und Einwanderung in unserer Republik gerecht, solidarisch, klug und realistisch zu beantworten, ist eine der großen Aufgaben im 21. Jahrhundert – und sie wird nur mit der Sozialdemokratie zu lösen sein.

Wohnungen bauen, Mieterhöhungen begrenzen, Mieter schützen



von Sieghard Pawlik
Wohnen muss bezahlbar sein. Unterstützt von sehr vielen Bürgerinnen und Bürgern haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten den Kampf gegen steigende Mieten und für bezahlbare Wohnungen zum Thema

in Frankfurt gemacht. Dies ist gegen den heftigen Widerstand von Grünen und CDU erfolgt. Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen ist überall in der Stadt spürbar. Die Koalition hat die wachsenden Probleme verschlafen und verleugnet. Heute fehlen in Frankfurt rund

20.000 Wohnungen und die Mieten explodieren.

Unser Einsatz für bezahlbares Wohnen, für eine deutliche Verstärkung des Wohnungsbaus, für geförderten Wohnungsbau, für die Bereitstellung weiterer Wohngebiete, gegen den Verkauf der Nassauischen Heimstätte, wird in der Stadt breit unterstützt. Wir prägen die öffentliche Diskussion dieses für Frankfurt am Main bedeutsamen Themas.

Der Verlauf des Oberbürgermeisterwahlkampfes mit der Wahl von Peter Feldmann zum Oberbürgermeister zeigt, welcher Stellenwert einer verantwortungsbewussten Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik zukommt. Seit der Amtseinführung von Oberbürgermeister Feldmann sind deutliche Signale für mehr Wohnungsbau erkennbar. Im städtischen Haushalt werden die Mittel für den Wohnungsbau verdoppelt. Die ABG Frankfurt erhöht ihre Wohnungsbaumittel um 400 Millionen Euro in den nächsten 5 Jahren. Die Nassauische Heimstätte baut in den nächsten 4 Jahren in Frankfurt mehr als 1.000 neue Wohnungen. Das sind gute Botschaften. Nicht nur für Wohnungssuchende, sondern auch für zusätzliche Arbeitsplätze. Die Stadt und die beiden Wohnungsgesellschaften gehen damit an finanzielle Grenzen.

Frankfurt macht seine Hausaufgaben. Bund und Land Hessen sind jetzt gefordert, ebenfalls ihren Beitrag zu leisten. Die Landesregierung muss endlich ihrer Verantwortung für bezahlbares Wohnen gerecht werden und die Landesmittel für den Wohnungsbau deutlich anheben. Zusätzlich zur Verstärkung des Wohnungsbaus müssen alle rechtlichen Möglichkeiten genutzt werden, um Wohnungsspekulation, sprunghaft steigende Mieten, Mietwucher und Umwandlungsspekulationen zu verhindern. Die SPD-Stadtverordnetenfraktion im Römer hat dazu mehrere Anträge in der Stadtverordnetenversammlung eingebracht.

Um Mietwucher wirksam zu bekämpfen, fordert die Fraktion eine Änderung des Wirtschaftsstrafrechts. Nach geltendem Recht muss der betroffene Mieter nachweisen, dass ihm im

gesamten Stadtgebiet keine preiswertere Wohnung zur Verfügung stand und er sich darüber hinaus in einer persönlichen Notlage befand. Ein derartiger Nachweis ist extrem schwierig bzw. faktisch nicht zu führen. Deshalb soll künftig der Vermieter nachweisen, dass kein Mietwucher vorliegt. Auf der Grundlage der ortsüblichen Vergleichsmiete, entsprechend dem Mietspiegel, wäre ein derartiger Nachweis jedoch einfach zu führen.

In einem zweiten Antrag setzt sich die Fraktion für eine Änderung des Mietrechts ein. Für die Ermittlung der ortsüblichen Vergleichsmiete sollen danach künftig alle nicht preisgebundenen Mieten berücksichtigt werden, nicht nur die in den letzten 4 Jahren erhöhten und neu abgeschlossenen Mietverträge. Mit einer derartigen Erfassungsmethode wird die jetzige mietpreistreibende Wirkung überproportional steigender Mieten bei der Mietspiegelerstellung verhindert. Ein notwendiger Schritt im Interesse aller Mieterinnen und Mieter.

Mit einem weiteren Antrag wird gefordert, dass der Kündigungsschutz vor Eigenbedarfskündigungen für Mieter, deren Wohnungen in eine Eigentumswohnung umgewandelt und verkauft wird, wieder auf 10 Jahre verlängert wird. Die Hessische Landesregierung von CDU und FDP hatte unter offenem Wortbruch gegenüber Frankfurt die Schutzfrist von vorher 10 Jahren auf 5 Jahre verringert. Die notwendige Verlängerung ist neben dem Mieterschutz auch ein Beitrag zur Bekämpfung der Umwandlungsspekulation. Das bisher von uns Erreichte und das Spektrum von weiteren möglichen Schritten für eine sozial verantwortliche Miet- und Wohnungspolitik zeigen, dass der Einsatz im Interesse der Menschen sinnvoll ist.

IGS-West: Jetzt aber dali!

von Arnold Weber

Seit Jahren kämpft die SPD für diese Schule im Frankfurter Westen und für diese Schulform der Integrierten Gesamtschule, sowohl im Ortsbeirat 6 als auch in der Stadtverordnetenversammlung. Nun liegt ein

städtebaulicher Entwurf vor, der als gelungen betrachtet werden kann und der auch Frankfurt-Höchst aufwerten wird. Daher stimmte die SPD im Römer diesem Bau gerne zu.

Vor allem dürfen sich die diejenigen freuen, die von der neuen Schule noch etwas haben werden, das sind sowohl die Kinder als auch die Eltern vor Ort. Die IGS-West sitzt nach beengten Jahren in der Käthe-Kollwitz-Schule jetzt für die kommenden zwei Jahre in Pavillons und wartet auf den Neubau, der nun in der Palleskestraße verwirklicht werden soll. Es ist zu hoffen, dass die Zeitdauer von zwei Jahren nicht wieder überschritten wird. Angesichts der Entwicklung lässt sich allerdings nicht vertuschen, dass der Magistrat seine Hausaufgaben in dieser Angelegenheit vernachlässigt hat. Schulen sind langfristig zu planen und das geht, denn heute weisen uns die Geburtenzahlen schon darauf hin, was in den nächsten Jahren zu erwarten ist. Die Schulentwicklungsplanung ist nun mal auf Langfristigkeit angelegt und kann nicht von heute auf morgen erfolgen.

Umso ärgerlicher ist es, dass der Magistrat nun sozusagen auf den letzten Drücker eine Vorlage für den Neubau der IGS eingebracht und diese auch noch mit einem Public-Private-Partnership (PPP)-Modell verbunden hat. Damit wird die Schule im sogenannten



Mietkauf erstellt, einem Leistungsabkommen, das zwischen Kommune und einem privaten Unternehmen abgeschlossen wird und zwar über einen Zeitraum von 30 Jahren. Diese Finanzierungsweise darf man durchaus kritisch bewerten, ja sogar ablehnen. Davon machten auch einige Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung Gebrauch. Die SPD-Fraktion war mit dem PPP-Finanzierungsmodell ebenfalls nicht

einverstanden. Aber was wäre die Konsequenz einer Ablehnung gewesen?

Das Projekt würde abermals allein auf Kosten der Kinder und Eltern verzögert, die dringend auf die IGS warten - sogar um Jahre. Das können wir nicht verantworten, das wollen wir auch nicht, deshalb haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten der Magistratsvorlage schweren Herzens zugestimmt. Allerdings dürfen PPP-Projekte nicht zur Dauerlösung für einen ratlosen Magistrat werden. Verantwortungsvolle Magistratsarbeit setzt Dezernentinnen und Dezernenten voraus, die langfristig sowie transparent denken und planen. Wer von seiner Lösung überzeugt ist, muss keine alternativlosen „Last-Minute-Lösungen“ diktieren, sondern legt seine Pläne so vor, dass allen Beteiligten noch die Möglichkeit zur inhaltlichen Diskussion bleibt. Durch eigene Nachlässigkeit enormen Zeitdruck zu schaffen

und dann die Nöte von Kindern und Eltern im Westen als zusätzliches Druckmittel zu verwenden, zeugt von wenig Professionalität.

Impressum:

Die Zeitung „Die Linke Mitte – Freundeskreis“ erscheint nach Bedarf. Abdruck - auch auszugsweise - nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers. Die redaktionellen Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Herausgeber, Verantwortlich für den Inhalt:

Freundeskreis, c/o. Roger Podstatny, Karl-Blum-Allee 14, 65929 Frankfurt

Redaktion: Roger Podstatny, Ursula Busch

Autoren: Mitglieder des Freundeskreises

Gedruckt durch Eigenvervielfältigung

Terminankündigung:

„Dem Morgenrot entgegen - Perspektiven der Frankfurter SPD“
am **Dienstag, 15. Januar 2013**, um **19 Uhr**,
im **Fraktionssitzungssaal der SPD im Römer** (Haus Silberberg).

2013 steht die Entscheidung über die Nachfolge von Gernot Grumbach im Vorsitz des Frankfurter SPD-Unterbezirks an – wir werden im Freundeskreis interessierten Bewerbern und Bewerberinnen eine Möglichkeit bieten, sich vorzustellen und mit euch zu diskutieren.

Bisher hat **Mike Josef**, in der Partei vielen als Vorsitzender des OV Ostend, Juso-Sprecher und Stadtverordneter bekannt, seinen Hut in den Ring geworfen. Wenn sich weitere Interessenten/Interessentinnen vorstellen möchten, bitte bei Roger Podstatny melden.

Bitte informiert alle Interessierten aus Ortsvereinen, Arbeitsgruppen und Arbeitskreisen über den Termin. Wir wünschen uns eine interessante Diskussion mit vielen verschiedenen Argumenten!

Für das Neue Jahr wünschen wir alles Gute, Glück, Gesundheit und viel Erfolg. Wir freuen uns auf die Fortsetzung der solidarischen politischen Arbeit mit euch!